

Niederschrift

StUK/039/2025

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine
am 01.10.2025

Die heutige Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Saal des Stadtparkrestaurants Rheine.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Andree Hachmann	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
----------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied
Herr Dominik Bems	SPD	Ratsmitglied
Herr Matthias Berlekamp	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Volker Brauer	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Markus Doerenkamp	CDU	Ratsmitglied
Frau Silke Friedrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender
Herr Christian Heckhuis	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Marius Himmler	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Reinhard Hundrup	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Herr Heinz-Jürgen Jansen	DIE LINKE	Ratsmitglied
Frau Dr. Angelika Kordfelder	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Günter Maaß	CDU	Ratsmitglied
Frau Helga Niedoba	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Frau Elke Rochus-Bolte	SPD	Ratsmitglied
Herr Heinz-Jürgen Wisselmann	BfR	Sachkundiger Bürger
Herr Holger Wortmann	CDU	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Tobias Frönd		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Herr Robert Winnemöller	CDU	Sachkundiger Einwohner f. Seniorenbeirat

Vertreter:

Herr Stephan Huesmann	FDP	Vertretung für Herrn Jörg Niehoff
Herr Marco Ungruh	CDU	Vertretung für Herrn Tobias Rennemeier

Verwaltung:

Herr Mark Dieckmann		Beigeordneter
Frau Elke Jaske		Fachbereichsleiterin Planen und Bauen
Herr Matthias van Wüllen		Produktverantwortlicher Stadtplanung
Herr Pablo Vaßholz		Schriftführer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Jörg Niehoff	FDP	Ratsmitglied
Herr Tobias Rennemeier	CDU	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Kamal Kassem		Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat
-------------------	--	--

Herr Hachmann eröffnet die heutige Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 38 über die öffentliche Sitzung am 10.09.2025

Es liegen keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche vor. Die Niederschrift ist somit genehmigt.

2. Informationen der Verwaltung

2.1. Informationen der Verwaltung zur Stadtentwicklung

Herr van Wüllen macht darauf aufmerksam, dass der Rahmenplan Innenstadt mittlerweile 10 Jahre laufe und nun zum Jahresende formal abgeschlossen werde. Im Rahmen dessen gibt er einen Überblick zu abgeschlossenen und noch laufenden Projekten. Wichtige Teilprojekte, wie der Bernburgplatz, das Stadthotel und das Rathauszentrum, würden über das Jahresende 2025 hinaus noch weiterlaufen. Die nun anlaufenden Projekte würden über den „neuen“ „Rahmenplan lebendige Innenstadt“ bearbeitet. Darunter würden u. a. die Projekte rund um den Bahnhof, die Neugestaltung des Staelschen Hofes und die Entsiegelung der Innenstadt fallen. Die Standardprojekte aus der Städtebauförderung, wie das Hof- und Fassadenprogramm oder die Verfügungsfonds, habe man neu aufgesetzt.

Herr van Wüllen informiert zum angelaufenen Hof- und Fassadenprogramm des ISEK Schott-hock. Dort gebe es nun auch die erste Bewilligung für ein Mural. Außerdem habe man mit dem Fördergeber abklären können, dass nicht nur die der öffentlichen Fläche zugewandten Gartenbereiche gefördert werden können und hier bei Eigenleistung auch Materialkosten berücksichtigt würden. Besonders im Hinblick auf Entsiegelung und Klimaschutz sei man der Auffassung, dass die Umgestaltung von Gartenflächen als Ganzes förderfähig sei.

Frau Jaske berichtet über die Ergebnisse einer Petition aus dem Jahr 2016, die das Dauerwohnen im Gebiet Bockholter Emsfähre in Elte betreffe. Sie erklärt, dass der Petitionsausschuss, der der Bewertung der Verwaltung folge, den Antrag abgelehnt habe, da Dauerwohnen in dem entsprechenden Gebiet nicht zulässig sei. Die Verwaltung sei in diesem Zusammenhang für das Einräumen umfangreicher Duldungsmöglichkeiten und die transparente Kommunikation mit den Betroffenen gelobt worden.

2.2. Informationen der Verwaltung zu Umwelt und Klimaschutz

Es liegen keine Informationen vor.

3. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen aus der Einwohnerschaft vor.

4. Ergebnis Freiraumentwicklungskonzept Schotthock Vorlage: 431/25

Herr Dieckmann führt kurz in die Thematik des Freiraumentwicklungskonzeptes ein. Anschließend begrüßt er Frau Strauß und Frau Buck. Diese sind stellvertretend für das Planungsbüro LILASp anwesend und stellen anhand ihrer Präsentation die Ergebnisse des Freiraumentwicklungskonzeptes im Schotthock vor.

Herr Doerenkamp bedankt sich für die Art und Weise der Beteiligung. Die Bewohner aus dem Schotthock hätten sich sehr positiv zur Transparenz des Prozesses geäußert. Er wünsche sich noch einen konkreteren Plan zum Ablauf des Verfahrens, der zeige, wann welche Maßnahmen anstehe.

Herr Bems merkt an, dass die zufriedenstellende Bürgerbeteiligung auch Erwartungen geweckt habe. Es sei jetzt wichtig diese auch erfüllen zu können und die Maßnahmen umzusetzen.

Frau Friedrich fragt nach dem weiteren Verlauf der Einzelmaßnahmen und stellt in Frage, ob angesichts der finanziellen Engpässe alle Maßnahmen des Kataloges notwendig seien. Als Beispiel nennt sie die geplante Kanu-Einstiegsstelle am Sandstrand nahe der Bayernstraße, die aus ihrer Sicht wenig Mehrwert biete. Ähnlich kritisch sehe sie die Treppe zur Delsenbrücke. Deshalb interessiere sie, ob die Maßnahmen einzeln nochmal durchgesprochen würden oder diese einfach per Automatismus umgesetzt würden. Nicht ganz nachvollziehen könne sie zudem die 2 Veranstaltungswiesen im Walshagenpark. Sie schlägt vor hier auf eine qualifiziertere Wiese zu setzen, um an der anderen Stelle einen Ruheraum zu schaffen.

Herr van Wüllen weist darauf hin, dass zwei Drittel der 26 Maßnahmen des Konzepts bereits durch das ISEK oder andere Strategien abgedeckt seien. Für die verbleibenden Maßnahmen, wie den Kanu-Einstieg, sei eine weitere Diskussion erforderlich. Er betont, dass die Planung des Walshagenparks noch nicht abgeschlossen sei und weitere Beteiligungsformate vorgesehen seien, um offene Fragen zu klären.

Herr Winnemöller spricht sich erneut für die Gestaltung des Kreisverkehrs an der Kreuzung Lingenener Damm / Römerstraße mit Spindel und Schiffchen aus und berichtet, dass er bereits Sponsoren für die Finanzierung gewonnen habe. Zudem äußert er Bedenken hinsichtlich der geplanten Baumallee, da diese ein Teil der Busroute durch den Schotthock sei und die Verkehrsführung beeinträchtigen könnte. Außerdem schlägt er vor, anstelle der geplanten Treppe zur Delsenbrücke eine filigrane Brücke zu errichten, die Fußgänger und Radfahrer gleichermaßen nutzen könnten. Anschließend kritisiert er den Zustand der Wege und die fehlende Beleuchtung im Walshagenpark und fordert, diese Aspekte in die Planung aufzunehmen. Zuletzt macht er deutlich, dass das Neubaugebiet „Emsauenquartier Walshagen“ heißt. In der Presse und im allgemeinen Sprachgebrauch werde das Gebiet oft falsch betitelt.

Beschlüsse:

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beschließt, im Rahmen der Umsetzung des ISEK Schotthock, die Inhalte des Freiraumentwicklungskonzepts für den Schotthock als Zielvorgabe für die weitere Entwicklung und Vernetzung der Grün-

strukturen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beschließt, im Rahmen der Umsetzung des ISEK Schotthock, die Ergebnisse und Maßnahmen für den Fokusraum Walshagenpark weiter zu verfolgen und diese als Grundlage für die Umsetzung festzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Ergebnis Qualifizierungsverfahren "Rahmenplan Stadtteilzentrum Schotthock"
Vorlage: 421/25

Herr van Wüllen präsentiert die Vorlage. Er geht dabei genauer auf die verschiedenen Entwürfe der Büros ein, die im Beurteilungsgremium bewertet worden seien.

Herr Doerenkamp merkt die gute Aufbereitung der Beurteilungstexte positiv an. Dadurch sei die Entscheidung leicht nachzuvollziehen. Er berichtet zudem, dass ein Mitglied des Beurteilungsgremiums ohne fachliche Expertise sich sehr gut in den Ablauf des Gremiums eingebunden gefühlt habe.

Herr Brauer fragt, wie realistisch eine Umsetzung des ausgewählten Konzeptes tatsächlich sei, gerade im Hinblick auf den südlichen Teil des Gebietes.

Herr Dieckmann erklärt, dass die Eigentumsstrukturen und die Verfügbarkeit von Flächen in der Umsetzung an gewissen Stellen eine Herausforderung darstellen würden. Mit der Kirche habe man beispielsweise einen Eigentümer, der eine Veränderung wünsche und sich eine Veräußerung vorstellen könne. Zurzeit gebe es mit vielen Eigentümern noch keine Gespräche. Dies sei angesichts des Prozessstandes normal. Durch modulare Umsetzung könne man in Teilschritten zum Ziel kommen, auch wenn einzelne Elemente des Konzeptes sich im Endeffekt als nicht realisierbar herausstellen würden.

Herr Himmler weist auf die Notwendigkeit, die Aufenthaltsqualität im Zentrum des Schotthock zu verbessern, hin und begrüßt die angedachte Umnutzung der Kirche sowie die Verbindung zu anderen Einkaufsbereichen.

Beschlüsse:

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beschließt, im Rahmen der Umsetzung des ISEK Schotthock, das Ergebnis des Beurteilungsgremiums anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beschließt, den Entwurf

der Bürogemeinschaft Pesch Partner Architektur Stadtplanung GmbH | B.S.L. Landschaftsarchitekten | Brilon Bondzio Weiser Ingenieurgesellschaft mbH als Rahmen für die weitere Entwicklung des Stadtteilzentrums zu setzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beauftragt die Verwaltung, die Überarbeitung des Entwurfs der Bürogemeinschaft Pesch Partner Architektur Stadtplanung GmbH | B.S.L. Landschaftsarchitekten | Brilon Bondzio Weiser Ingenieurgesellschaft mbH, gemäß Vorgaben des Beurteilungsgremiums, durchführen zu lassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6. Antrag der Fraktionen von CDU und FDP zur Änderung der Baumschutzsatzung
Vorlage: 486/25**

Frau Friedrich merkt an, dass es noch Bedarf an Hintergrundinformationen für die Beratung seitens der GRÜNEN gebe. Sie bittet deshalb darum, den Tagesordnungspunkt in zu einem späteren Zeitpunkt zu beraten und auch dann erst über den Antrag abzustimmen.

Herr Dieckmann bittet darum, die offenen Fragen an die Verwaltung heranzutragen, um diese zeitnah zu klären.

Im Einvernehmen wird die Beratung des Tagesordnungspunktes 6 zum „Antrag der Fraktionen von CDU und FDP zur „Änderung der Baumschutzsatzung“ verschoben.

**7. Umsetzung Masterplan 100 % Klimaschutz 2025
Vorlage: 493/25**

Frau Jaske stellt die Vorlage vor. Sie erläutert, dass der Masterplan 100 % Klimaschutz mittlerweile in das Verwaltungshandeln integriert sei. Einzelne thematische Schwerpunkte im Bereich Klimaschutz würden nicht mehr isoliert betrachtet, sondern in verschiedenen Bereichen wie dem Gebäudemanagement, der Bauleitplanung und der Verkehrsplanung dauerhaft berücksichtigt. Sie verweist auf die vorgelegte Tabelle, die die umgesetzten Maßnahmen des laufenden Jahres dokumentiere.

Herr Bems erkundigt sich nach dem Verzicht auf Klimatisierung und der Nutzung eines PVT-Systems in Zusammenhang mit den Planungen zum Neubau des Depots. Er möchte wissen, wie ein geeignetes Raumklima sichergestellt werden könne, da dies für die Speicherung notwendig sei.

Herr Dieckmann stellt klar, dass sich das Projekt „Neubau Depot“ noch in der Vorplanungsphase befinde. Ziel sei es, ein Gebäude zu schaffen, das optimal nutzbar sei und bestmöglich den dargestellten Anforderungen entspreche. Die Vermeidung einer Klimaanlage werde angestrebt, wobei die Nutzung von Außenflächen für ein PVT-System als Option geprüft werde.

Frau Jaske ergänzt, dass die PVT-Anlage bewusst nicht in der Vorlage erwähnt worden sei, da eine abschließende Klärung der Machbarkeit noch erfolge. Die Klimatisierung solle durch bauliche Maßnahmen erreicht werden, um Kosten zu sparen und eine energetisch sinnvolle Lösung zu finden. Genauere Informationen werden dazu im kommenden Bau- und Mobilitätsausschuss (02.10.2025) gegeben.

Auf Nachfrage von Herrn Bems erklärt Frau Jaske, dass die bisher bewilligten Anträge zum ProKlima Fonds die Gesamtsumme von 50.000 Euro nicht überschritten hätten. Die Förderung sei sehr gezielt ausgerichtet, um Mitnahmeeffekte zu vermeiden. Beispielsweise würden pro Photovoltaikanlage 600 Euro und maximal 95 % der Kosten ausschließlich für finanzschwache Haushalte gefördert. Thermografieaufnahmen würden mit etwa 80 bis 85 Euro unterstützt. Sie betont, dass die Förderung durch finanzschwache Haushalte zunehmend in Anspruch genommen werde, während für innovative, klimafreundliche Ideen bisher keine Anträge eingegangen seien. Sie geht davon aus, dass auch künftig Mittel übrig sein würden, weshalb eine Aufstockung des Fonds derzeit nicht erforderlich sei.

Herr Ortel kritisiert die Verkehrsregelung am Hessenweg, wo auf einer Strecke von 800 Metern die Geschwindigkeitsbegrenzung mehrfach zwischen 30 und 50 km/h wechsele. Dies führe zu unnötigem Bremsen und Beschleunigen, was dem Klimaschutzgedanken widerspreche.

Herr Dieckmann verspricht, dass dies geprüft werde.

Frau Friedrich hebt hervor, dass die systematische Integration von Querschnittsthemen des Klimaschutzes in alle Bereiche eine positive Entwicklung darstelle. Sie regt jedoch an, dass die Politik in der nächsten Legislaturperiode neue Ziele setzen solle, um weiterhin aktiv Schwerpunkte zu setzen und die Entwicklung voranzutreiben.

Kenntnisnahme / Beschluss:

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz nimmt den Sachstand der Maßnahmen des „Masterplans 100 % Klimaschutz“ sowie die weiteren Einzelmaßnahmen der Koordinationsstelle Klima zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beauftragt die Verwaltung mit der Fortführung der Umsetzung des Aktivitätenprogramms „Masterplan 100 % Klimaschutz“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. **42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rheine**
Kennwort: "Gewerbegebiet Osnabrücker Straße - Süd"
 - I. **Abwägungsbeschluss**
 - II. **Offenlegungsbeschluss****Vorlage: 482/25**

Herr Dieckmann stellt die Vorlage vor. Er erläutert, dass der Flächennutzungsplan die Grundlage für den Bebauungsplan bilde, der wiederum die Basis für die Umsetzung des Projekts darstelle.

Beschlüsse:

I. Abwägungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine beschließt die Abwägung aus den Beteiligungen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange entsprechend den beigefügten Abwägungsvorschlägen (siehe Anlage 1).

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich
 3 Nein-Stimmen

II. Offenlegungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine beschließt, dass gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) der Entwurf der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Rheine, Kennwort: "Gewerbegebiet Osnabrücker Straße - Süd", der Stadt Rheine nebst beigefügter Begründung und den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen ist.

Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen abgegeben werden, wobei nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass eine Vereinigung im Sinne des § 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes (UmwRG) in einem Rechtsbehelfsverfahren nach § 7 Abs. 2 des UmwRG gemäß § 7 Abs. 3 Satz 1 des UmwRG mit allen Einwendungen ausgeschlossen ist, die sie im Rahmen der Auslegungsfrist nicht oder nicht rechtzeitig geltend gemacht hat, aber hätte geltend machen können.

Der Änderungsbereich des Flächennutzungsplans umfasst ca. 5 ha Fläche und liegt in Rheine im östlichen Stadtgebiet an der Osnabrücker Straße (südlich). Er tangiert in östlicher Richtung das bestehende Gewerbegebiet „Osnabrücker Straße – Paschenau“.

Der Änderungsbereich wird gebildet durch das Flurstück 388, abzüglich von Teilflächen (Streuobstwiese im Westen und Grünkorridor im Süden). Die Flurstücksbezeichnung bezieht sich auf die Gemarkung Rheine rechts der Ems, in der Flur 30.

Der Geltungsbereich ist im Übersichtsplan bzw. Rechtsplan geometrisch eindeutig festgelegt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich
 3 Nein-Stimmen

9. **Bebauungsplan Nr. 348, Kennwort: "Gewerbegebiet Osnabrücker Straße - Süd", der Stadt Rheine**
 I. **Abwägungsbeschluss**
 II. **Offenlegungsbeschluss**
 Vorlage: 483/25

Herr Dieckmann stellt die Vorlage vor. Dieses Projekt zeige, dass die Planungen der zu entwickelnden Flächen zunehmend anspruchsvoller würden. Auch deshalb sei die Nachnutzung von bestehenden Flächen sehr bedeutsam.

Frau Friedrich äußert sich kritisch und erklärt, dass die Fraktion der GRÜNEN bei ihrer ablehnenden Haltung bleibe. Sie führt an, dass es sich um eine Außenflächenentwicklung handle und die Erschließung des Geländes aufgrund von Hecken und Wasserläufen aufwendig sei. Sie hebt hervor, dass die Fläche Potenzial als landwirtschaftliche Nutzfläche und Naturraum habe. Zudem plädiere sie dafür, stärker auf Innenentwicklung zu setzen, insbesondere für kleinere und mittlere Betriebe. Sie schlägt vor, dass Betriebe an ihren bestehenden Standorten erweitert werden könnten, anstatt neue Gewerbeflächen zu erschließen.

Herr Bems zeigt Verständnis für die Haltung der GRÜNEN, betont jedoch, dass die Stadt auf diese Flächen angewiesen sei. Er hebt hervor, dass die Verwaltung sich bemüht habe, eine tragfähige Lösung zu finden, die auch Renaturierungsmaßnahmen und den Erhalt vorhandener Strukturen umfasse. Er warnt jedoch davor, zukünftig immer wieder auf ungewollte Flächen zurückgreifen zu müssen und fordert deshalb auch eine langfristige Planung auf übergeordneter Ebene, um die Verfügbarkeit geeigneter Flächen sicherzustellen.

Herr Ortel sieht in der Argumentation von Frau Friedrich nur die eine Seite der Medaille beleuchtet. Neben den bereits aufgeführten Risiken biete die Entwicklung des Gewerbegebietes auch einige Chancen. Neue Betriebe hätten die Möglichkeit sich in Rheine anzusiedeln. Dies stärke die Stadt als Gewerbestandort und dessen Steuerkraft.

Beschlüsse:

I. Abwägungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine beschließt die Abwägung aus den Beteiligungen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange entsprechend den beigefügten Abwägungsvorschlägen (siehe Anlage 1).

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich
 3 Nein-Stimmen

II. Offenlegungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine beschließt, dass gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 348, Kennwort: "Gewerbegebiet Osnabrücker Straße - Süd", der Stadt Rheine nebst beigefügter Begründung und den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen ist.

Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen abgegeben werden, wobei nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können.

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst in Summe knapp 6 ha Fläche. Diese liegt im östlichen Stadtgebiet in Rheine an der Osnabrücker Straße (südlich).

Der Geltungsbereich tangiert in östlicher Richtung das bestehende Gewerbegebiet „Osnabrücker Straße – Paschenau“. Der vorliegende Planentwurf überplant im Bereich der örtlichen Streuobstwiese und der Paschenau Teilbereiche des bestehenden Bebauungsplans Nr. 252 „Osnabrücker Straße – Paschenau“.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 348 wird gebildet durch Bereiche des bislang überwiegend ackerbaulich genutzten Flurstücks 388 (abzüglich von Teilflächen der Streuobstwiese im Westen und einem Grünkorridor im Süden) dem Flurstück 116 sowie einer Minimalflä-

che zur ggf. möglichen Aufweitung der Zufahrtsstraße aus dem Flurstück 370.

Die genannten Geltungsbereich-Flurstücke liegen alle in Flur 30, Gemarkung rechts der Ems. Der Geltungsbereich ist im Übersichtsplan bzw. in der Planzeichnung geometrisch eindeutig festgelegt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich
3 Nein-Stimmen

10. **Bebauungsplan Nr. 356.,**
 Kennwort: "Oststraße/Siedlerstraße", der Stadt Rheine
 I. **Abwägungsbeschluss**
 II. **Offenlegungsbeschluss**
 Vorlage: 211/25

Herr Dieckmann stellt die Vorlage vor.

Herr Doerenkamp bringt Anmerkungen aus der Bürgerschaft vor, die sich auf zwei Hauptthemen beziehen. Zum einen werde die Höhe der Bebauung thematisiert. Er betont, dass mehr Wohnraum benötigt werde und dies nur durch eine höhere Bebauung möglich sei, auch wenn dies für Anwohner mit Einschränkungen verbunden sei. Zum anderen werde die Verkehrssituation angesprochen. Er regt an, eine Rechtsabbiegerspur zum Hopstener Damm zu prüfen, um die zentrale Zuwegung zu entlasten.

Herr Dieckmann entgegnet, dass eine Rechtsabbiegerspur nicht vorgesehen sei, da Straßen.NRW dies nicht befürworte. Er erläutert, dass eine zusätzliche Einbiegemöglichkeit potenzielle Gefahrenpunkte schaffe und den Verkehrsfluss beeinträchtigen könne.

Herr van Wüllen ergänzt, dass Straßen.NRW generell auf die Leichtigkeit des fließenden Verkehrs fokussiert sei und zusätzliche Maßnahmen auf ihren Straßen nur in Ausnahmefällen genehmige. Er verweist auf ähnliche Problematiken in anderen Plangebieten. In der Regel würden hier keine zusätzlichen Anknüpfungspunkte zugelassen

Herr Brauer schlägt vor, das gesamte Baugebiet verkehrsberuhigt zu erschließen, anstatt einzelne Straßen mit Tempo-30-Zonen auszustatten. Zudem äußert er Bedenken hinsichtlich der geplanten Entsorgungseinrichtung, die seiner Meinung nach ungünstig in der Mitte des Baugebiets platziert sei.

Herr Dieckmann teilt mit, dass er dazu nicht im Detail sprachfähig sei, die Anregung aber an die entsprechenden Fachleute herantragen werde.

Vor dem Hintergrund der Einwände von Herrn Brauer wird die Abstimmung über den Beschlussvorschlag im Einvernehmen auf die nächste Sitzung verschoben.

11. **Bebauungsplan Nr. 355,**
 Kennwort: "Merschensheideweg / Elter Straße", der Stadt Rheine
 I. **Abwägungsbeschluss**
 II. **Erneuter Offenlegungsbeschluss**
 Vorlage: 469/25

Herr van Wüllen stellt die Vorlage vor. Aufgrund einiger Detailfragen in den Themen Ausgleichsflächen und Versorgung, die jetzt geklärt seien, gehe man in diesem Verfahren in eine erneute Offenlage.

Herr Hundrup äußert Bedenken hinsichtlich eines kleinen Überschwemmungsbereichs innerhalb der Siedlung, der bereits in der Vergangenheit überschwemmt gewesen sei. Er fragt, ob zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden könnten, um zukünftige Überschwemmungen zu verhindern.

Herr Dieckmann erklärt, dass der betroffene Bereich formal als Hochwassergebiet ausgewiesen sei und keine Anhaltspunkte vorlägen, dass das Siedlungsgebiet stärker betroffen sein könnte als bisher. Er weist darauf hin, dass die Höhen im Gebiet entsprechend gestaltet worden seien, um Risiken zu minimieren.

Herr Berlekamp zieht sich aufgrund seiner beruflichen Begleitung des Verfahrens zurück und nimmt nicht an der Abstimmung über die Beschlüsse Teil.

Beschlüsse:

I. Abwägungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine beschließt die Abwägung aus den Beteiligungen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange entsprechend den beigefügten Abwägungsvorschlägen (siehe Anlage 1).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

II. Offenlegungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine beschließt, dass gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) der Entwurf Bebauungsplanes Nr. 355, Kennwort: "Merschensheideweg / Elter Straße", der Stadt Rheine nebst beigefügter Begründung und den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen ist.

Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen abgegeben werden, wobei nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können.

Der räumliche Geltungsbereich wird wie folgt begrenzt:

im Norden: durch die nördliche Grenze des Flurstücks 451 (Kreuzungsbereich Elter Straße mit dem Merschensheideweg),

im Osten: durch die Elter Straße bis zum Kreuzungsbereich mit der Querstraße,

im Süden: durch die nördlichen Grundstücksgrenzen der nördlichen Bebauung der Querstraße, Hausnummern 8a bis 18 sowie des Merschensheidewegs Hausnummer 21,

im Westen: durch die Ostseite des Flurstücks 372 auf ca. 120 m Länge, danach durch die südöstliche Straßenparzelle des Merschensheidewegs bis zur Kreuzung mit der Elter Straße

Sämtliche Flurstücke befinden sich - falls nicht separat aufgeführt - in der Flur 27 Gemarkung Rheine rechts der Ems. Der räumliche Geltungsbereich ist im Übersichtsplan bzw. Bebauungsplan geometrisch eindeutig festgelegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Anfragen und Anregungen

Frau Friedrich spricht das Thema der Lichtverschmutzung an der Paul-Gerhardt-Schule an. Sie erläutert, dass die Beleuchtung auf dem Schulhof bis spät in die Nacht eingeschaltet sei und Beschwerden aus der Nachbarschaft vorlägen. Die Anwohner seien gezwungen, ihre Jalousien zu schließen, um schlafen zu können. Sie weist zudem auf die negativen Auswirkungen der Lichtverschmutzung auf Vögel, Falter und Insekten hin. Sie schlägt vor, Bewegungsmelder oder andere technische Lösungen zu prüfen, um die Beleuchtung zu regulieren.

Herr Dieckmann teilt mit, dass er sich mit Herrn Gausmann zu dieser Thematik austauschen werde.

Ende der Sitzung: 19:16 Uhr

Andree Hachmann
Ausschussvorsitzender

Pablo Vaßholz
Schriftführer